

DIE ZERREISS- PROBE



Wie extreme soziale Ungleichheit
die Demokratie gefährdet



OXFAM
Deutschland

WELTWEIT GEFÄHRDET EXTREME SOZIALE UNGLEICHHEIT ZUNEHMEND DIE DEMOKRATIE.

Superreiche Multimillionär*innen und Milliardär*innen werden immer reicher. Mit ihren beispiellosen Ressourcen gestalten sie die öffentliche Meinung und Politik zu ihren Gunsten und im Interesse ihrer Konzerne. So entscheiden sie maßgeblich über unser aller Zukunft. Diese Machtkonzentration untergräbt das grundlegende demokratische Prinzip der politischen Gleichheit, demzufolge jeder wahlberechtigte Mensch eine gleich starke Stimme und Chance haben sollte, sich direkt oder indirekt an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Hinzu kommt, dass einige Superreiche ihre politische Macht gezielt nutzen, um bürgerliche, soziale und politische Rechte der Mehrheit einzuschränken.

Eine Politik auf Kosten der Mehrheit, die mit zunehmender Unsicherheit und oft mit Armut konfrontiert ist, führt dazu, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in demokratische Institutionen verlieren. Auf Protest ihrer Bevölkerungen antworten Regierungen häufig mit Repression und einer Politik, die nicht etwa versucht Vertrauen wiederherzustellen, sondern Armut und Ungleichheit noch verschlimmert. Dieser Teufelskreis spielt insbesondere antidemokratischen rechtsextremen Parteien in die Hände, die vielerorts an Unterstützung und Macht gewinnen und die Zerstörung der Demokratie vorantreiben.

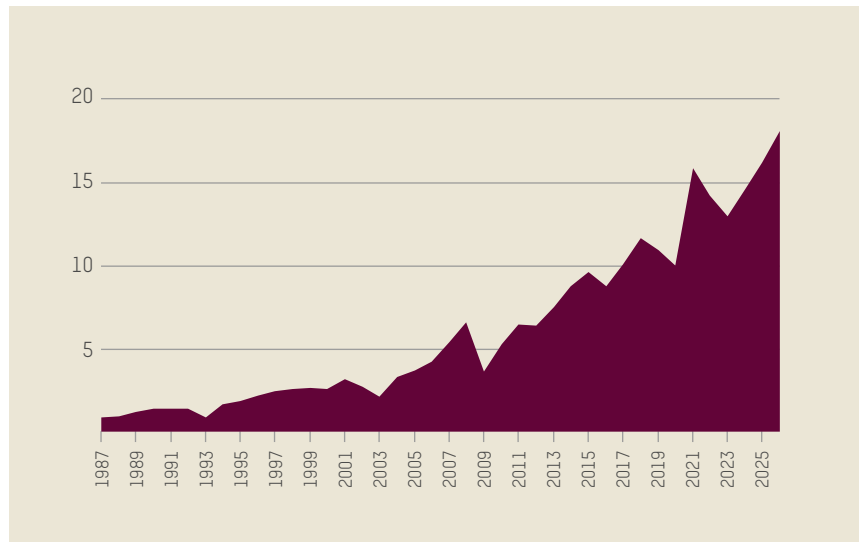
Regierungen weltweit stehen am Scheideweg. Um die Demokratie zu schützen und zu stärken, müssen sie ihren Kurs dringend korrigieren und konsequent umsteuern: weg von Armut und zunehmender Ungleichheit, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt – sowohl international als auch auf nationaler Ebene. Insbesondere müssen sie dafür sorgen, dass Superreiche einen angemessenen finanziellen Beitrag zum Gemeinwohl leisten und dass ihre Macht und der Einfluss von Konzernen beschränkt wird. Gleichzeitig müssen Regierungen gezielt in allgemein zugängliche, geschlechtergerechte und inklusive Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme sowie einen sozial gerechten Klimaschutz investieren.

GOLDENE ZEITEN FÜR DIE REICHE MINDERHEIT

2025 gab es weltweit erstmalig mehr als 3.000 Milliardär*innen. Ihr Gesamtvermögen erreichte Ende November 2025 den Rekordwert von 18,3 Billionen US-Dollar – 2,5 Billionen mehr als noch ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg entspricht fast dem gesamten Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung, also von mehr als vier Milliarden Menschen.¹ Das Wachstum betrug 16,2 Prozent und war damit dreimal so hoch wie die durchschnittliche Wachstumsrate der Milliardenvermögen seit 2020.² Seit März 2020 ist das Gesamtvermögen von Milliardär*innen inflationsbereinigt um 81 Prozent bzw. 8,2 Billionen US-Dollar angestiegen (Siehe Abbildung 1). Allein die zwölf reichsten Milliardäre der Welt besitzen mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Menschheit.³ Frauen halten gerade einmal 13 Prozent der weltweiten Milliardenvermögen.⁴

Auch unterhalb der Milliardenchwelle steigen die Vermögen rasant. Die Schweizer Großbank UBS gibt an, dass es im Jahr 2024 weltweit mehr als 680.000 neue US-Dollar-Millionär*innen gab und prognostiziert, dass bis 2029 weitere 5,34 Millionen hinzukommen werden.⁵ In vielen Ländern verfestigt oder vertieft sich die Kluft zwischen den Reichsten und dem Rest der Bevölkerung. Rund vier Fünftel der Weltbevölkerung (77,8 Prozent) leben in Ländern, in denen sich der Vermögensunterschied zwischen dem reichsten Prozent und den ärmsten 50 Prozent von 2022 auf 2023 vergrößert hat oder unverändert blieb.⁶ Im Durchschnitt besitzt ein Mensch aus dem reichsten Prozent 8.252-mal mehr Vermögen als eine Person aus der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung.⁷ Insgesamt besitzt die ärmere Hälfte der Menschheit nur 0,52 Prozent des weltweiten Vermögens, während auf das reichste Prozent 43,8 Prozent entfallen.⁸

**ABBILDUNG 1:
ENTWICKLUNG DES GESAMTVERMÖGENS VON MILLIARDÄR*INNEN
1987 – NOVEMBER 2025 IN BILLIONEN US-DOLLAR (REAL)**



Quelle: Forbes Annual and Real-Time Billionaires Lists

HÄLFTE DER WELTBEVÖLKERUNG LEBT IN ARMUT

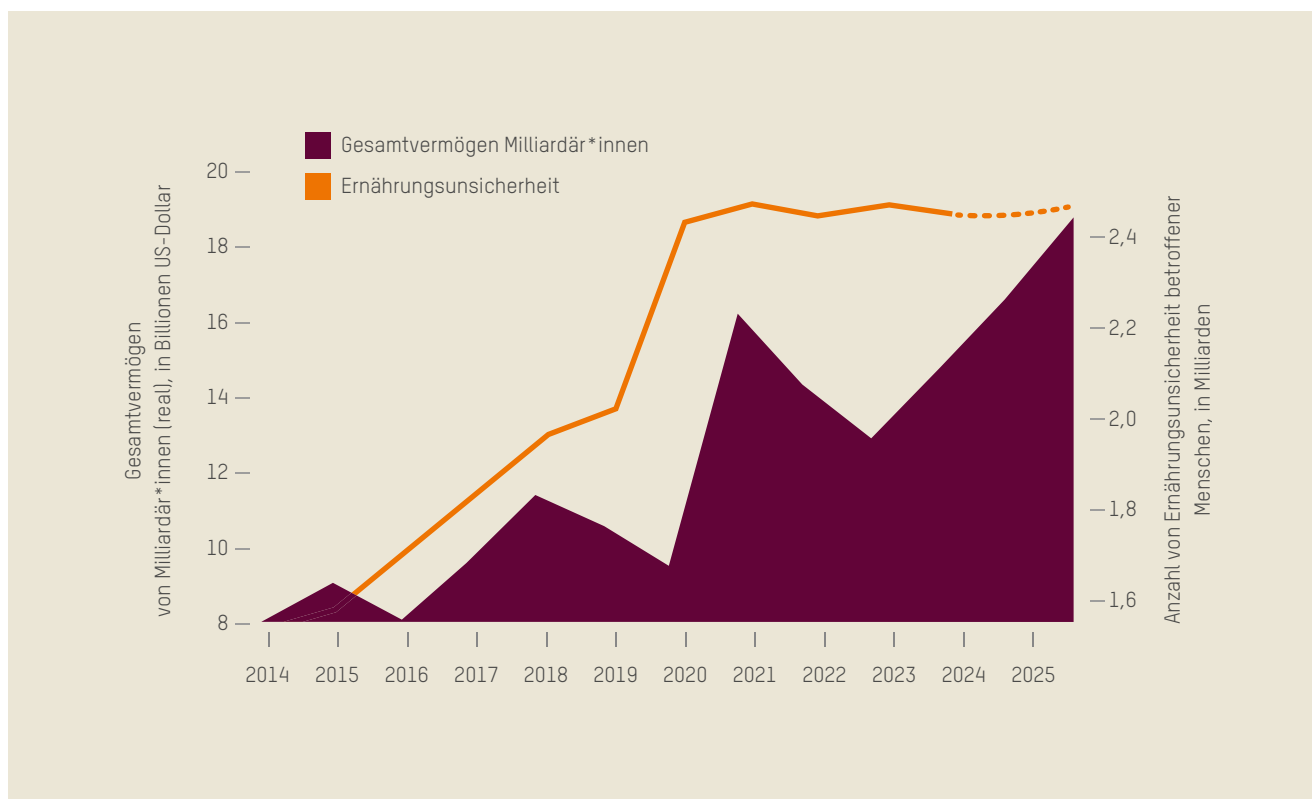
Während die Ungleichheit in vielen Regionen wächst und eine privilegierte Minderheit immer reicher wird, sind Milliarden von Menschen mit Armut und Hunger konfrontiert.

Fast die Hälfte der Weltbevölkerung (46,28 Prozent) oder 3,77 Milliarden Menschen leben in Armut, also von weniger als 8,30 US-Dollar pro Tag.⁹ Frauen sind überproportional stark von Armut betroffen, weil sie häufig in unsicheren, schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, einen Großteil der unbezahlten Care-Arbeit leisten und deshalb eine geringere soziale Absicherung haben. Zudem haben sie weltweit einen schlechteren Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen wie Land, Besitz oder Krediten.

Rund 2,3 Milliarden Menschen sind von moderater oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen – das ist fast jeder vierte Mensch. Diese Zahl stieg zwischen 2015 und 2024 um 42,6 Prozent (siehe Abbildung 2).¹⁰ Dazu gehören auch 92 Millionen Menschen in Europa und Nordamerika.¹¹

Weltweit können sich insgesamt 2,6 Milliarden Menschen keine gesunde Ernährung leisten.¹² Die Kosten für eine gesunde Mahlzeit sind zwischen 2020 und 2024 um fast ein Drittel gestiegen.¹³

ABBILDUNG 2: ENTWICKLUNG DES GESAMTVERMÖGENS VON MILLIARDÄR*INNEN UND ANZAHL DER VON ERNÄHRUNGSUNSICHERHEIT BETROFFENEN MENSCHEN 2014–2025



Quelle: FAOSTAT, Forbes Annual and Real-Time Billionaires Lists

Diese Situation erfordert entschiedene staatliche Unterstützungsmaßnahmen. Doch viele wirtschaftlich benachteiligte Länder kämpfen mit einer tiefgreifenden Schuldenkrise, die sie daran hindert, in die Reduzierung von Ungleichheit, Armut und Hunger zu investieren. So stellt beispielsweise die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) fest, dass 3,4 Milliarden Menschen in Ländern leben, die mehr für Zinszahlungen ausgeben als für Bildung oder Gesundheit.¹⁴ Auch die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) nach wie vor auferlegten Austeritätsmaßnahmen höhlen die öffentlichen Haushalte aus und führen dazu, dass Länder ihre Ausgaben für grundlegende öffentliche Dienstleistungen kürzen.¹⁵

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Fortschritte bei der universellen Gesundheitsversorgung stagnieren und etwa zwei Milliarden Menschen über zehn Prozent ihres Haushaltsbudgets für Gesundheit ausgeben müssen.¹⁶ Diese finanzielle Belastung betrifft Familien mit geringen Einkommen besonders und wirkt sich insbesondere auf Frauen aus. So befindet sich über die Hälfte der weltweit ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung aufgrund gesundheitsbezogener Ausgaben in finanziellen Schwierigkeiten, während dies bei den reichsten 20 Prozent nur auf 8,7 Prozent zutrifft.¹⁷

In vielen Ländern verschlechtern sich die Lernergebnisse von Kindern und Jugendlichen. Die meisten Länder sind derzeit nicht auf dem Weg, die in den Sustainable Development Goals (SDGs) vereinbarten Bildungsziele zu erreichen.¹⁸ In Ländern mit niedrigem Einkommen besucht rund ein Drittel der Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter keine Schule.¹⁹ In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung keine Schule besuchen, vier- bis fünfmal höher als bei Kindern aus den reichsten 20 Prozent.²⁰ Diese Benachteiligung trifft Frauen und Mädchen besonders stark: Trotz verbesserter Alphabetisierungsraten konnten 2024 weltweit noch immer 754 Millionen Erwachsene nicht lesen und schreiben, 63 Prozent von ihnen waren Frauen.²¹

Hinzu kommt, dass wirtschaftlich privilegierte Länder ihrer Verantwortung gegenüber wirtschaftlich benachteiligten Ländern immer weniger gerecht werden. 2025 sind die weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit nach vorläufigen Schätzungen um bis zu 17 Prozent zurückgegangen, im Jahr 2024 bereits um neun Prozent.²² Die derzeitigen drastischen Kürzungen der Finanzmittel, einschließlich der Zerstörung der US-Entwicklungsbehörde USAID, könnten hochgerechnet bis 2030 zu mehr als 14 Millionen zusätzlichen Todesfällen führen. Das entspricht einem Durchschnitt von über 2,4 Millionen Todesfällen pro Jahr, darunter geschätzt mehr als 700.000 Kinder unter fünf Jahren.²³

KÜRZUNGEN IN DER ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT GEFÄHRDEN FRAUEN UND MÄDCHEN

Die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe untergraben Deutschlands internationale Verpflichtungen und bedrohen die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung soll 2026 auf rund zehn Milliarden Euro sinken. Das sind etwa 30 Prozent weniger als 2022 und damit der niedrigste Stand seit einem Jahrzehnt. Gleichzeitig wurden die Mittel für humanitäre Hilfe seit 2022 um 60 Prozent auf nur noch eine Milliarde Euro gekürzt, bei steigendem internationalen Bedarf.

Die Bundesregierung folgt damit dem weltweiten Trend der Abkehr von internationaler Solidarität und Verantwortung. Die USA, Frankreich und Großbritannien sind nur einige weitere Länder, die ihre Gelder für globale Entwicklung und humanitäre Hilfe drastisch gekürzt haben. Besonders alarmierend ist, dass die internationalen Kürzungen überproportional Programme zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit sowie feministische und intersektionale Ansätze treffen. Diese sind zentral für den Schutz der Menschenrechte, demokratische Teilhabe und langfristige gesellschaftliche Stabilität. Nach Angaben von UN Women rechnet fast die Hälfte der Frauenrechtsorganisationen und von Frauen geführten Organisationen im humanitären Bereich damit, ihre Arbeit innerhalb von sechs Monaten einstellen zu müssen.²⁴ Für Frauen und Mädchen bedeutet dies einen noch eingeschränkteren Zugang zu Bildung, sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten sowie zum Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt.

Vor diesem Hintergrund sind weitere Kürzungen im Bundeshaushalt 2027 dringend zu vermeiden. Deutschland muss seiner Verantwortung als wichtiger internationaler Geber gerecht werden und die Entwicklungszusammenarbeit sowie die humanitäre Hilfe verlässlich, geschlechtergerecht und dem steigenden Bedarf angemessen mit höheren Mitteln ausstatten.

UNGLEICHHEIT UNTERGRÄBT DAS VERTRAUEN IN DEMOKRATIE

Die finanzielle Kluft zwischen einer privilegierten Minderheit und dem Rest der Bevölkerung geht auch mit politischer Ungleichheit einher.

Daten aus 136 Ländern bestätigen, dass mit zunehmender Ungleichheit der Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen auch die politische Macht ungleicher verteilt ist. Dies führt zu politischen Entscheidungen, die eher die Präferenzen von einkommensstarken Gruppen berücksichtigen.²⁵ Auch in Europa werden politische Maßnahmen, die von Wohlhabenden bevorzugt werden, eher umgesetzt als Maßnahmen, die von Bürger*innen mit niedrigen Einkommen unterstützt werden.²⁶

Ungleichheit trägt maßgeblich zur Destabilisierung von Demokratien bei. Eine umfassende Studie, die Fälle von demokratischer Erosion in 22 Ländern analysierte, ergab, dass in den Ländern mit der größten Ungleichheit die Wahrscheinlichkeit eines demokratischen Rückschritts bis zu siebenmal höher ist als in Ländern mit größerer Gleichheit.²⁷ Die Erosion der Demokratie erfolgt durch mehrere sich gegenseitig verstärkende Mechanismen. Ungleichheit untergräbt das Vertrauen in demokratische Institutionen,²⁸ schürt die politische Polarisierung²⁹ und verringert die politische Beteiligung weniger wohlhabender Bürger*innen.³⁰ All dies erhöht die Fähigkeit von Eliten, die Politikgestaltung zu dominieren und demokratische Institutionen zu vereinnahmen³¹ – ein Teufelskreis.

DIE POLITISCHE MACHT DER SUPERREICHEN

Superreiche bauen ihre politische Macht vor allem auf drei Arten aus: durch finanzielle Einflussnahme auf die Politik, durch Eigentum und Kontrolle von Medien sowie durch Übernahme politischer Ämter.³²

In den USA haben 100 milliarden schwere Familien im Jahr 2024 die Rekordsumme von 2,6 Milliarden US-Dollar in die Präsidentschaftswahlen investiert.³³ Das entspricht einem Sechstel aller Ausgaben von Kandidat*innen, Parteien und Komitees.³⁴ Unternehmen nehmen ebenfalls erheblichen politischen Einfluss, entweder direkt oder über Wirtschaftsverbände, um die Interessen ihrer zumeist vermögenden Eigentümer*innen und Aktionär*innen zu vertreten und Gewinne zu maximieren. So gaben beispielsweise 2024 die mit den zehn reichsten Männern der Welt verbundenen Konzerne 88 Millionen US-Dollar für Lobbyarbeit in den USA aus – alle Gewerkschaften zusammen brachten es nur auf 55 Millionen US-Dollar.³⁵ Auch in der EU dominieren wirtschaftliche Interessen: 14 der 20 Organisationen, die sich am häufigsten mit EU-Vertreter*innen treffen, verfolgen kommerzielle Ziele.³⁶

Milliardär*innen dominieren zudem zunehmend Medien und die KI. Über die Hälfte der weltweit größten Medienunternehmen gehören Milliardär*innen³⁷ und neun der zehn größten Social-Media-Unternehmen der Welt werden von nur sechs Milliardären geführt.³⁸ Acht der zehn größten KI-Unternehmen sind im Besitz von Milliardär*innen, wobei nur drei von ihnen fast 90 Prozent des Marktes für KI-Chatbots beherrschen.³⁹ Eine solche Konzentration des Eigentums an Medien ist eine direkte Bedrohung für die Demokratie, da freie und unabhängige Medien ein Grundprinzip einer demokratischen Gesellschaft sind. Medien spielen eine wesentliche Rolle dabei, mächtige Akteure, insbesondere Politiker*innen und Unternehmen, zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Rolle der Medien ist gefährdet, wenn ihre Inhaber*innen enge Verbündete derjenigen sind, die sie eigentlich in die Pflicht nehmen sollten, und die öffentliche Debatte im Sinne ihrer eigenen Interessen entscheidend beeinflussen. Das macht einige wenige Menschen extrem mächtig und schränkt die Bandbreite der Perspektiven ein, was die Qualität der öffentlichen Debatte und die Rechenschaftspflicht weiter untergräbt.⁴⁰ Der Aufstieg der generativen KI, die authentisch wirkende Texte, Bilder, Audio- und Videodateien erstellen kann, droht diese prekäre Situation noch weiter zu verschärfen, da sich Fehl- und Desinformationen rasch verbreiten. Es ist kein Zufall, dass ein Großteil der Medien dazu neigt, die Interessen in Armut lebender Menschen sowie von Frauen und marginalisierten Minderheiten zu vernachlässigen und zur Akzeptanz von politischen Maßnahmen beizutragen, die den Interessen dieser Menschen schaden und die politische Gleichberechtigung untergraben.⁴¹ Marginalisierten Menschen fehlt die Macht, ihre Anliegen in den Medien zu äußern. Reuters berichtet beispielsweise, dass weltweit nur 27 Prozent der Chefredakteur*innen Frauen sind und nur 23 Prozent einer ethnischen Minderheit angehören.⁴²

Etwa jede*r zehnte Milliardär*in weltweit hatte schon ein politisches Amt inne oder hat ein solches angestrebt.⁴³ Milliarden-schwere Politiker*innen konzentrieren ihre Ambitionen auf einflussreiche Positionen und können auf eine beeindruckende Erfolgsbilanz bei Wahlen zurückblicken.⁴⁴ Milliardär*innen haben nach Oxfam-Schätzungen eine um mehr als 4.000-mal höhere Wahrscheinlichkeit ein politisches Amt zu bekleiden als gewöhnliche Menschen.⁴⁵

ARMUT SCHRÄNKT POLITISCHE TEILHABE EIN

Wirtschaftliche Armut bedeutet tendenziell auch politische Armut. Menschen in Armut stehen größeren Hindernissen gegenüber, um an Politik, Entscheidungsfindung und dem öffentlichen Leben teilzunehmen. Das schränkt ihre Möglichkeiten ein, Einfluss zu nehmen, ihre Rechte durchzusetzen und ihre Zukunft zu gestalten. Menschen, die in Armut leben, haben oft weder die Zeit noch das Geld, um sich verstärkt am politischen Leben zu beteiligen, insbesondere wenn sie mehrere Jobs ausüben und sich auf ihr Überleben konzentrieren müssen. Frauen sind hiervon in besonderem Maße betroffen, da sie einen Großteil der unbezahlten Betreuungs- und Pflegearbeit leisten und deshalb überproportional unter Zeitarmut leiden.⁴⁶ Schätzungen zufolge erbringen Frauen weltweit täglich rund 12,5 Milliarden Stunden unbezahlter Care-Arbeit, was einem wirtschaftlichen Wert von mindestens 10,8 Billionen US-Dollar entspricht.⁴⁷

Auch bürokratische Hürden behindern die politische Teilhabe von Menschen, die in Armut leben. In Ländern mit niedrigem Einkommen besitzen beispielsweise 45 Prozent der Menschen im einkommensschwächsten Fünftel keinen Ausweis, der oft eine Voraussetzung für die Teilnahme an Wahlen ist. Wieder sind Frauen von dieser Hürde überproportional betroffen.⁴⁸

Frauen, die in Armut leben, sehen sich mit zusätzlichen Barrieren konfrontiert, darunter strukturelle und politische Gewalt, Diskriminierung, sowie gesellschaftliche Stereotype und institutionelle Normen, die ihre Teilhabe und Mitsprache einschränken⁴⁹ und ihr politisches Engagement behindern. Diese Faktoren führen zu einer systematischen Benachteiligung, die Frauen in Armut daran hindert, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Interessen in der Politik zu vertreten. Von Rassismus betroffene Menschen oder unterdrückte Minderheiten, die in Armut leben, stehen vor ähnlichen, häufig noch verschärften Herausforderungen und haben oft noch weniger Möglichkeiten, ihre politische Meinung zu äußern oder politischen Einfluss auszuüben.⁵⁰

VIELE REGIERUNGEN ENTSCHEIDEN SICH FÜR REPRESSION STATT UMVERTEILUNG

In den letzten zwölf Monaten kam es weltweit zu über 142 bedeutenden Protesten gegen Regierungen.⁵¹ Das Center for Strategic and International Studies geht von einem jährlichen Anstieg von durchschnittlich 11,5 Prozent bei Massenprotesten mit mehr als 10.000 Teilnehmer*innen aus.⁵² Eine Studie über 2.809 Proteste in 101 Ländern zwischen 2006 und 2020 identifiziert fehlende politische Repräsentation als stärksten Treiber für Proteste, gefolgt von wirtschaftlicher Gerechtigkeit, einschließlich Ungleichheit und Sparmaßnahmen.⁵³

Angesichts der weit verbreiteten öffentlichen Empörung über Probleme, die das tägliche Leben ihrer Bevölkerung beeinträchtigen, haben sich viele Regierungen weltweit für Repression entschieden statt für politische Maßnahmen, die soziale Gerechtigkeit herstellen.⁵⁴ Regierungen wählen verschiedene Wege, die Zivilgesellschaft einzuschränken. Dazu zählen administrative Maßnahmen, Hindernisse beim Zugang zu Finanzmitteln oder Verbote für bestimmte Aktivitäten, wie zum Beispiel Interessenvertretung.⁵⁵ Zunehmend kommen auch neue restriktive Rechtsrahmen zum Einsatz, die die Verwendung ausländischer Finanzmittel einschränken und zivilgesellschaftliche Organisationen als „ausländische Agenten“ stigmatisieren. So werden Beteiligungsräume für die Bevölkerung eingeschränkt, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und auszuschließen. Zum Einsatz kommen hierbei auch Strategien zur Terrorismusbekämpfung, um Organisationen und Aktivist*innen zu kontrollieren, zu schikanieren und sogar zu kriminalisieren.⁵⁶

Zivilgesellschaftliches und politisches Engagement wird in diesem Kontext immer gefährlicher. In den letzten zehn Jahren richteten sich weltweit über 6.400 Angriffe gegen Menschenrechtsaktivist*innen. Angehörige indigener Völker waren überproportional betroffen: Obwohl sie nur sechs Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, waren sie rund einem Fünftel der Angriffe ausgesetzt.⁵⁷ Laut Global Witness sind im Jahr 2023 mindestens 196 Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen ermordet worden.⁵⁸ Gewerkschafter*innen stehen oft an der Spitze von Protesten und gehören damit zu den ersten, die von staatlichen Repressionen betroffen sind.⁵⁹

Im Jahr 2024 wurde die Meinungsfreiheit in einem Viertel aller Länder weltweit eingeschränkt.⁶⁰ Laut Freedom House war es das neunzehnte Jahr in Folge, in dem weltweit ein Rückgang der Meinungsfreiheit zu verzeichnen war. In über 60 Ländern haben sich die politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten verschlechtert. Zwischen 2018 und 2024 stieg die Zahl der Menschen, die in Ländern mit eingeschränktem oder unterdrücktem zivilgesellschaftlichem Raum leben, um zwei Drittel an.⁶¹

Damit ebnen Regierungen den Weg für Autoritarismus, wie es derzeit in vielen Ländern auf der ganzen Welt zu beobachten ist.⁶² Fast drei Viertel der Weltbevölkerung leben heute unter autoritärer Herrschaft.⁶³ Und die Abwärtsspirale dreht sich weiter: 42 Länder befinden sich in einem Prozess der „Autokratisierung“.⁶⁴ Weltweit leben nur drei von zehn Menschen in Demokratien, verglichen mit jedem zweiten im Jahr 2004.⁶⁵

Auch in Deutschland gerät die Demokratie zusehends unter Druck.

DEUTSCHLAND – DEMOKRATIE UNTER DRUCK

In Deutschland stieg 2025 das Gesamtvermögen von Milliardär*innen inflationsbereinigt um 30 Prozent auf mehr als 715 Milliarden Euro. Es kamen 42 neue Milliardär*innen hinzu, insgesamt sind es jetzt 172. Deutschland hat damit weltweit nach den USA, China und Indien die meisten Milliardär*innen.⁶⁶

Im internationalen Vergleich weist Deutschland eine ausgesprochen hohe Vermögensungleichheit auf.⁶⁷ Oxfams aktuelle Berechnungen auf Basis von Daten der World Inequality Database bestätigen diese ausgeprägte Ungleichverteilung: Im Durchschnitt besitzt ein Mensch aus dem reichsten Prozent 800-mal mehr Vermögen als eine Person, die den ärmsten 50 Prozent angehört. Die ärmere Hälfte besitzt insgesamt nur 3,4 Prozent des Gesamtvermögens, das reichste Prozent 27,7 Prozent.⁶⁸

Auch sonst ist die Vermögensverteilung in Deutschland sehr ungleich. Frauen besitzen etwa 43 Prozent des gesamten Nettovermögens in Deutschland, bei den Milliardenvermögen sind es sogar nur 29 Prozent.⁶⁹ Haushalte mit Migrationshintergrund in Deutschland verfügen über deutlich weniger Vermögen als Haushalte ohne Migrationshintergrund.⁷⁰

ARMUTSRISIKO GESTIEGEN

Die Einkommensungleichheit hat sich in Deutschland seit 2010 deutlich vergrößert, insbesondere ab dem Jahr 2018.⁷¹ Oxfam hat berechnet, dass die Median-Gehälter von CEOs in Deutschland zwischen 2019 und 2024 30-mal so stark gestiegen sind wie die Reallöhne von Beschäftigten.⁷² Im Durchschnitt verdient ein*e deutsche*r Milliardär*in in nur 86 Minuten das durchschnittliche Jahreseinkommen in Deutschland.⁷³

Während die Ungleichheit zunimmt und insbesondere Superreiche immer reicher werden, ist laut Bundesregierung der Anteil von Menschen in Armut seit 2010 von 14,1 auf 17,6 Prozent gestiegen. Auch das Risiko, dauerhaft in Armut zu bleiben, ist seitdem von 8,7 auf 10,4 Prozent angestiegen. Besonders betroffen von Armut sind Arbeitslose, Alleinerziehende, Kinder, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen.⁷⁴ Laut Paritätischem Gesamtverband sind Menschen in Armut aufgrund der Inflation seit 2020 real noch ärmer geworden.⁷⁵

Generell ist die Chance auf sozialen Aufstieg in Deutschland geringer geworden. Laut einer Studie des ifo-Instituts ist die Einkommensmobilität in Deutschland seit den 1970er Jahren deutlich zurückgegangen und im internationalen Vergleich inzwischen ähnlich gering wie in den USA.⁷⁶ Bezüglich der Vermögensmobilität, also der Wahrscheinlichkeit innerhalb der Vermögensverteilung aufzusteigen, spricht selbst die Bundesregierung davon, dass diese „begrenzt“ sei und in den vergangenen Jahren abgenommen habe.⁷⁷

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass in Deutschland zunehmend gilt: Wer arm ist, bleibt arm; wer reich ist, bleibt reich. Die sich tendenziell verfestigende Ungleichheit mündet auch in Deutschland in ungleich verteilter politischer Macht und Teilhabe. So gerät die Demokratie auch bei uns zunehmend unter Druck.

VERTRAUENSVERLUST IN DIE DEMOKRATIE BEFÖRDERT RECHTSPOPULISMUS

Trotz des massiven Wachstums der Mittelschichten ist die Herkunft aus den oberen drei bis vier Prozent der Bevölkerung über eineinhalb Jahrhunderte der entscheidende Faktor für den Zugang zu Spitzenpositionen in Wirtschaft, Justiz, Verwaltung und Politik geblieben. Das gilt insbesondere für die Wirtschaftselite.⁷⁸ Hinzu kommt, dass Superreiche und Konzerne auch in Deutschland ihre wirtschaftliche Macht gezielt in politische Macht ummünzen. Maßgeblich ist dabei der meist nicht offensichtliche Einfluss, zum Beispiel über die Finanzierung von Parteien und Politiker*innen, den Besitz und die Finanzierung von Medien und gezielte Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. So geben sich beispielsweise die beiden Lobbyverbände „Stiftung Familienunternehmen“ und „Die Familienunternehmer“ ein mittelständisches Image, doch vertreten in Wahrheit vor allem die Interessen superreicher Familien und Konzerne.⁷⁹ In der Summe zahlt sich das aus: Studien zeigen, dass auch in Deutschland die Interessen von Reichen weit mehr politisches Gehör finden als die Anliegen der mittleren und unteren Einkommensgruppen.⁸⁰

Eine Politik, die letztlich die Reichen bevorzugt und Armut und soziale Ungleichheit grassieren lässt, untergräbt den Glauben vieler Menschen an demokratische Institutionen und bereitet den Nährboden für rechtspopulistische Kräfte wie die AfD. Dabei gilt die Faustformel: Je geringer das Einkommen, desto geringer das Vertrauen in etablierte demokratische Institutionen und deren Handeln.⁸¹ Die stark wachsende Zustimmung zur AfD ist zwar keineswegs ausschließlich auf Armut und Ungleichheit zurückzuführen, dennoch liegt ein Zusammenhang auf der Hand. So ist es bei der letzten Bundestagswahl vor allem der AfD gelungen, Menschen in Armut an die Wahlurnen zu bringen und für sich zu gewinnen.⁸² Die Verunsicherungen und Belastungen der von mehreren Krisen geprägten letzten Jahre haben das befördert.

Einer der Wirkmechanismen, der Menschen in die Hände der rechtspopulistischen Partei treibt, scheint dabei das Gefühl „relativer Deprivation“ zu sein: das Empfinden, selbst leer auszugehen, während andere das Stück vom Kuchen bekommen, das einem eigentlich zusteht.⁸³ Verteilungsfragen werden zunehmend im Rahmen eines Nullsummendenkens betrachtet, in dem die relative Verbesserung des Status von anderen, beispielsweise gesellschaftlicher Minderheiten, nur auf Kosten der eigenen Lebensqualität möglich ist.⁸⁴ Verteilungskämpfe werden dabei nicht mehr vertikal zwischen Oben und Unten, sondern horizontal geführt, also zum Beispiel zwischen Menschen mit und ohne Lohnarbeit oder Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.⁸⁵ Vor allem die AfD instrumentalisiert dies politisch erfolgreich.

Um die Demokratie in Deutschland zu schützen, müsste die Bundesregierung entschieden umsteuern in Richtung mehr horizontaler und vertikaler sozialer Gerechtigkeit. Notwendig wäre etwa eine Steuerpolitik, die wieder deutlich progressiver gestaltet ist und insbesondere Multimillionär*innen und Milliardär*innen in die Verantwortung nimmt.



OXFAMS FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Die zunehmende wirtschaftliche und politische Macht von Superreichen und Konzernen verschärft die soziale Ungleichheit und ist eine Gefahr für die Demokratie. Das sehen mittlerweile auch viele Reiche so. Im Jahr 2024 war in einer Umfrage unter mehr als 2.300 Millionär*innen aus den G20-Ländern über die Hälfte der Befragten der Meinung, extremer Reichtum stelle eine „Bedrohung für die Demokratie“ dar.⁸⁶ In einer 36 Länder, darunter auch Deutschland, umfassenden Umfrage nannten 86 Prozent der Menschen als Hauptursache für wirtschaftliche Ungleichheit „den zu großen politischen Einfluss der Reichen“.⁸⁷

Um diese Macht einzudämmen, Ungleichheit zu verringern und die Demokratie zu schützen, sind verschiedene politische Maßnahmen nötig. Es ist Zeit, Superreiche wieder stärker in die gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen und sie wieder angemessen zu besteuern. So können die für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit so wichtigen Investitionen in soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und den Klimaschutz hier und weltweit gestemmt werden. Nur 65 Prozent des im letzten Jahr hinzugewonnenen Vermögens der Milliardär*innen würden beispielsweise ausreichen, um weltweit die Armut (weniger als 8,30 US-Dollar pro Tag) zu beenden.⁸⁸ Unabdingbar ist zudem, die Marktmacht von Konzernen zu beschränken, um ihren immensen Einfluss und die Macht ihrer Besitzer*innen zurückzudrängen.

Die Bundesregierung sollte daher

1 ■ SUPERREICHE GERECHT BESTEUERN: MILLIARDÄRSSTEUER EINFÜHREN

Ein erster Schritt, um eine der großen Gerechtigkeitslücken im bestehenden Steuersystem zu schließen und damit auch Vertrauen in Politik und Demokratie wiederherzustellen, wäre die im Rahmen der G20 diskutierte Mindeststeuer von zwei Prozent für Multimillionär*innen und Milliardär*innen. Die geschätzten zusätzlichen Einnahmen lägen bei weltweit 242 Milliarden bis 377 Milliarden US-Dollar. In Deutschland würde die Steuer je nach Ausgestaltung Einnahmen von elf bis 28 Milliarden Euro einbringen und nur etwa 250 bis 5.000 Haushalte betreffen.⁶⁹ Eine Vermögenssteuer von zwei Prozent würde die Steuersätze von Milliardär*innen und Multimillionär*innen etwa auf das Niveau des Steuer- und Abgabbeitrags von Mittelschichtsfamilien heben.

Die **Bundesregierung** sollte daher eine zweiprozentige Vermögenssteuer für Multimillionär*innen und Milliardär*innen in Deutschland einführen. Zudem sollte sie die Umsetzung einer solchen Steuer auf internationaler Ebene unterstützen.

2 ■ INVESTITIONEN IN SOZIALE GERECHTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ STÄRKEN

Die generierten Finanzmittel werden dringend benötigt, um den fiskalischen Spielraum zu erweitern, so die eklatanten Investitionslücken im Bereich sozialer Gerechtigkeit zu schließen und Deutschlands internationaler Verantwortung gerecht zu werden.

In einer Zeit, in der eine große Mehrheit der Menschen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern unter den Folgen multipler Krisen, darunter die Klimakrise, leidet und dringend Unterstützung benötigt, hat die **Bundesregierung** die Entwicklungsgelder drastisch gekürzt. Sie sollte neue finanzielle Spielräume unter anderem dafür nutzen, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (**ODA-Quote**) von **mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE)** einzuhalten. 0,2 Prozent des BNE sollten in die einkommensschwächsten Länder fließen.

Gute, für alle zugängliche und die Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion fördernde Bildungs-, Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme sind Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit und tragen wesentlich zu politischer Stabilität und damit zur Stärkung der Demokratie bei. Deshalb müssen insbesondere Investitionen in Bildung, Ernährungssouveränität, Gesundheit und soziale Sicherung priorisiert werden, vor allem durch eine höhere Unterstützung multilateraler Instrumente wie der Globalen Bildungspartnerschaft.

Zudem sollte **Deutschlands feministische Entwicklungs- und Außenpolitik konsequent weitergeführt werden**. Dabei gilt es, die Rechte, die Sicherheit sowie den Zugang zu Bildung und Gesundheit für Frauen, Mädchen und LGBTQIA*-Personen systematisch zu stärken. Gleichzeitig sollte die finanzielle Unterstützung von Frauenrechtsorganisationen, frauengeführten Organisationen und auf die Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit ausgerichteten Fonds deutlich ausgeweitet werden.

Die Bundesregierung sollte zudem **einkommensschwachen Ländern mehr finanzielle Unterstützung im Kampf gegen die Klimakrise** bereitstellen. Das Erreichen von Deutschlands viel beachteter Zusage von jährlich sechs Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt ist durch die Kürzungen stark gefährdet. In Deutschland muss der Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden, beginnend mit der Einführung eines sozial gestaffelten Klimagelds.

3 ■ KONZERNMACHT ABBAUEN

Statt eine immer größere Anhäufung von Macht bei einzelnen Konzernen und ihren Besitzer*innen zuzulassen, müssen vor allem am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsstrukturen geschaffen werden.

Das **Bundeskartellamt** und die **EU-Kommission** sollten die Situation in hochkonzentrierten Sektoren analysieren und konkrete Maßnahmen ergreifen, bis hin zu Entflechtungen gegen Marktkonzentration. Dabei muss ein besonderer Fokus sowohl auf Big Tech-Konzernen liegen, deren Einfluss auf Politik und Meinungsbildung immer problematischer wird, als auch auf dem Lebensmittel-einzelhandel. Dieser wird in Deutschland von nur vier großen Supermarktketten beherrscht. Durch ihre Marktmacht können sie Druck auf Bäuer*innen ausüben und Preise für Verbraucher*innen erhöhen – während etwa die Eigentümer*innen von Aldi und Lidl ihr Milliardenvermögen ausbauen.

Die **Bundesregierung** sollte die Fusionskontrolle verstärken und die Möglichkeit schaffen, strategische Aufkäufe potenzieller innovativer Wettbewerber, etwa im Digitalbereich, zu untersagen. Die Schwellenwerte für eine marktbeherrschende Stellung sollten gesenkt werden, sodass Marktkonzentration frühzeitiger gebremst werden kann. Auch auf EU-Ebene muss sich die Bundesregierung für eine Stärkung des Kartellrechts einsetzen.

QUELLEN

- 1 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 2. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 2 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 1. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 3 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 4. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 4 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 15. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 5 UBS (2025): Global Wealth Report 2025. <https://www.ubs.com/global/en/wealth-management/insights/global-wealth-report.html>
- 6 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 6. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 7 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 5. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 8 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 5. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 9 Worldbank (2025): Poverty & Inequality Platform. <https://pip.worldbank.org/home>
- 10 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 9. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 11 FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO (2025): The State of Food Security and Nutrition in the World 2025. Addressing high food price inflation for food security and nutrition. <https://doi.org/10.4060/cd6008en>.
- 12 Ebenda
- 13 Ebenda
- 14 UNCTAD (2025): Global public debt hit a record \$102 trillion in 2024, striking developing countries hardest. <https://unctad.org/news/global-public-debt-hit-record-102-trillion-2024-striking-developing-countries-hardest>
- 15 Oxfam (2023): Press Release. For every \$1 the IMF encouraged a set of poor countries to spend on public goods, it has told them to cut four times more through austerity measures. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/every-1-imf-encouraged-set-poor-countries-spend-public-goods-it-has-told-them-cut>
- 16 WHO, World Bank (2023): Tracking Universal Health Coverage: 2023 Global Monitoring Report. <https://www.who.int/publications/i/item/9789240080379>
- 17 Ebenda
- 18 UN (2025): The Sustainable Development Goals Report 2025. <https://unstats.un.org/sdgs/report/2025/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2025.pdf>
- 19 UN News (2024): 251 million children still out of school worldwide, UNESCO reports. <https://news.un.org/en/story/2024/10/1156366#:~:text=According%20to%20the%20report%2C%20in%20low-income%20countries%2C%2033,to%20just%203%20percent%20in%20high%20income%20countries>
- 20 UNESCO (2025): Background information on statistics in the UIS database. <https://download.uis.unesco.org/bdds/202509/background-information-education-statistics-uis-database-en-2025.pdf>
- 21 Ebenda
- 22 OECD (2025): Cuts in official development assistance: OECD projections for 2025 and the near term. https://www.oecd.org/en/publications/2025/06/cuts-in-official-development-assistance_e161f0c5/full-report.html
- 23 Cavalcanti, D. u.a. (2025): Evaluating the impact of two decades of USAID interventions and projecting the effects of defunding on mortality up to 2030: a retrospective impact evaluation and forecasting analysis. [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(25\)01186-9/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(25)01186-9/fulltext)
- 24 UN Women (2025): At a breaking point: The impact of foreign aid cuts on women's organizations in humanitarian crises worldwide. <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2025/05/at-a-breaking-point-the-impact-of-foreign-aid-cuts-on-womens-organizations-in-humanitarian-crises-worldwide>
- 25 Cole, W.M. (2018): Poor and powerless: Economic and political inequality in cross-national perspective, 1981–2011. <https://economicsociology.org/wp-content/uploads/2018/04/poor-and-powerless-economic-and-political-inequality-in-cross-national-perspective.pdf>
- 26 Persson, M., Anders, A. (2023): The Rich Have a Slight Edge: Evidence from Comparative Data on Income-Based Inequality in Policy Congruence. <https://www.cambridge.org/core/journals/british-journal-of-political-science/article/rich-have-a-slight-edge-evidence-from-comparative-data-on-income-based-inequality-in-policy-congruence/A09095FC0874B162149014212872BE86>
- 27 Rau, E.G., Stokes, S. (2025): Income inequality and the erosion of democracy in the twenty-first century. <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/39793070>
- 28 Bientman, S., u.a. (2024): Explaining the democratic malaise in unequal societies: Inequality, external efficacy and political trust. <https://ejpr.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.12611>; Ostry, J.D., u.a. (2015): Inequality and fairness in the tax system. <https://www.elibrary.imf.org/view/journals/006/2015/013/006.2015.issue-013-en.xml>; Ahlberg, S., Linde, J., Holmberg, S. (2023): Does inequality erode political trust? Evidence from 50 democracies. https://www.researchgate.net/publication/267512866_Democratic_Discontent_in_Old_and_New_Democracies_Assessing_the_Importance_of_Democratic_Input_and_Governmental_Output
- 29 Stewart, A.J., u.a. (2018): Polarization under rising inequality and economic decline. <https://arxiv.org/abs/1807.11477>
- 30 Liang, L. (2025): Unequal Democracy: Economic Inequality and Political Representation. <https://sites.lsa.umich.edu/mje/2025/01/09/unequal-democracy-economic-inequality-and-political-representation/>; Brennan Center for Justice (2021): Large Racial Turnout Gap Persisted in 2020 Election. <https://www.brennancenter.org/our-work/analysis-opinion/large-racial-turnout-gap-persisted-2020-election>
- 31 Page, I.B., u.a. (2018): Billionaires and Stealth Politics.; Mayer, J. (2016): Dark Money: The Hidden History of the Billionaires Behind the Rise of the Radical Right.
- 32 Hägel, P. (2021): Billionaires in World Politics.
- 33 Americans for Tax Fairness (2025). Billionaires Buying Elections: They've Come to Collect. <https://americansfortaxfairness.org/billionaires-buying-elections-theyve-come-to-collect>
- 34 Ebenda
- 35 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 19. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 36 Transparency International EU (2025): MEPs and their lobby meetings, one year in: new rules, more meetings, more cause for concern? <https://transparency.eu/new-mep-meetings/?output=pdf>
- 37 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 17. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 38 Statista (2025): Most popular social networks worldwide as of February 2025, by number of monthly active users. <https://www.statista.com/statistics/272014/global-social-networks-ranked-by-number-of-users/>
- 39 Companies Market Cap (2025): Largest AI companies by market capitalization. Stand: 20.10.2025. <https://companiesmarketcap.com/artificial-intelligence/largest-ai-companies-by-marketcap/>
- 40 UNESCO (2017): Concentration of media ownership and freedom of expression: global standards and implications for the Americas. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000248091>
- 41 Kurtulmus, F., Kandiyali, J. (2023): Class and Inequality: Why the Media Fails the Poor and Why This Matters.
- 42 Arguedas, A.R., u.a. (2024): Race and leadership in the news media 2024: Evidence from five markets. <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/race-and-leadership-news-media-2024-evidence-five-markets>
- 43 Krcmaric, D., u.a. (2024): Billionaire Politicians: A Global Perspective. <https://www.cambridge.org/core/journals/perspectives-on-politics/article/abs/billionaire-politicians-a-global-perspective/1AD0E0C33FE43165B14D-D981533E00DD>
- 44 Applebaum, A. (2024): Autocracy Inc.
- 45 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 16. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 46 Rodgers, Y. (2023): Time Poverty: Conceptualisation, gender differences, and policy solutions. <https://www.cambridge.org/core/journals/social-philosophy-and-policy/article/time-poverty-conceptualization-gender-differences-and-policy-solutions/06A5EFD49F494FB69B1D4830F1CAB19>
- 47 Oxfam (2020): Time to Care. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/time-to-care-unpaid-and-underpaid-care-work-and-the-global-inequality-crisis-620928>
- 48 World Bank Group (2018): The global identification challenge: Who are the 1 billion people without proof of identity? <https://blogs.worldbank.org/en/voices/global-identification-challenge-who-are-1-billion-people-without-proof-identity>
- 49 UN Women (2024): Why so few women are in political leadership, and five actions to boost women's political participation. <https://www.unwomen.org/en/news-stories/explainer/2024/09/five-actions-to-boost-womens-political-participation>

- 50 Elder, E.M., u.a. (2025): Race, Voice, and Authority in Discussion Groups. <https://www.cambridge.org/core/journals/perspectives-on-politics/article/race-voice-and-authority-in-discussion-groups/CCC703646DAF76762495BE5443B0BA34>; Lajevardi, N., u.a. (2024): Do Minorities Feel Welcome in Politics? A Cross-Cultural Study of the United States and Sweden. <https://www.cambridge.org/core/journals/british-journal-of-political-science/article/do-minorities-feel-welcome-in-politics-a-crosscultural-study-of-the-united-states-and-sweden/33F5A7F508B4F8DFE2B985E0B29372D6>
- 51 Carnegie Endowment for International Peace (2025): Global Protest Tracker. <https://carnegieendowment.org/features/global-protest-tracker?lang=en>
- 52 Center for Strategic and International Studies (2020): The Age of Mass Protests: Understanding an Escalating Global Trend. <https://www.csis.org/analysis/age-mass-protests-understanding-escalating-global-trend>
- 53 Ortiz, I., u.a. (2022): An analysis of world protests 2006–2020. https://doi.org/10.1007/978-3-030-88513-7_2
- 54 Debt Justice and Institute of Political Economy (2025): How the global debt system is undermining democracy and fuelling authoritarianism across Global South countries. https://debtjustice.org.uk/wp-content/uploads/2025/06/Debt-Democracy-and-Austerity_Jun-25.pdf
- 55 Buyse, A. (2018): Squeezing civic space: restrictions on civil society organizations and the linkages with human rights. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13642987.2018.1492916#abstract>
- 56 UN (2023): Global Study on the Impact of Counter-Terrorism on Civil Society and Civic Space. <https://defendcivicspace.com/>; Kirova, I. (2024). Foreign Agent Laws in the Authoritarian Playbook. Human Rights Watch. <https://www.hrw.org/news/2024/09/19/foreign-agent-laws-authoritarian-playbook>
- 57 Business and Human Rights Resource Centre (2025): Defending rights and realising just economies. <https://www.business-humanrights.org/en/from-us/briefings/human-rights-defenders-and-business-10-year-analysis/defending-rights-and-realising-just-economies-human-rights-defenders-and-business-2015-2024>
- 58 Global Witness (2024): Missing voices: The violent erasure of land and environmental defenders. <https://globalwitness.org/en/campaigns/land-and-environmental-defenders/missing-voices>
- 59 ITUC (2025): Global Rights Index 2025. <https://www.ituc-csi.org/global-rights-index>
- 60 Freedom House (2025): Freedom in the World 2025: The Uphill Battle to Safeguard Rights https://freedomhouse.org/sites/default/files/2025-02/FITW_World_2025_Feb.2025.pdf
- 61 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 20. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 62 Nord, M., u.a. (2025): Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?
- 63 Nord, M., u.a. (2025): Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?; CIVICUS (2025): The Good, The Bad and The Ugly: Civic Space Dynamics. https://monitor.civicus.org/globalfindings_2023/innumbers
- 64 Lima, R. (2024): Democracy declined in 42 countries in 2023. <https://www.democracywithoutborders.org/31900/democracy-declined-in-42-countries-in-2023-new-v-dem-report-says>
- 65 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 21. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 66 Oxfam-Berechnungen auf Basis der Forbes-Milliardär*innen-Liste. Stand: 30.11.2025.
- 67 Siehe bspw. Deutsche Bundesbank (2025): Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023. <https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-april-2025-954594?article=vermoegen-und-finanzen-privater-haushalte-in-deutschland-ergebnisse-der-vermoegensbefragung-2023--954598>
- 68 Oxfam-Berechnungen auf Basis von Daten der World Inequality Database. Stand: 04.12.2025.
- 69 Netzwerk Steuergerechtigkeit, Oxfam Deutschland (2025): Männer, Milliarden, Macht. <https://www.oxfam.de/system/files/documents/2025-oxfam-weltfrauentag-studie-maenner-milliarden-macht.pdf>
- 70 Faininger, R., Flechtner, S. (2025): Migrant wealth in Germany. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s10888-025-09668-7.pdf>
- 71 Spannagel, D. (2025): Mehr Ungleichheit – weniger politische Teilhabe. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-009273/p_wsi_report_108_2025.pdf
- 72 Oxfam Deutschland (2025): Pressemitteilung vom 30. April 2025. <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2025-04-30-ceo-gehaelter-steigen-56-mal-so-stark-loehne-beschaeftigten>
- 73 Oxfam-Berechnungen auf Basis der Forbes-Milliardär*innen-Liste (Stand: 30.11.2025) und Angaben des Statistischen Bundesamtes zum Medianeinkommen in Deutschland. Statistisches Bundesamt (2025): Pressemitteilung Nr. 134 vom 8. April 2025. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/04/PD25_134_621.html
- 74 Bundesregierung (2025): Lebenslagen in Deutschland. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. https://www.armuts-und-reichtums-bericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/siebter-armuts-und-reichtums-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- 75 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (2025): Verschärfung der Armut. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/armutsbericht_2025_web_fin.pdf
- 76 Ifo (2025): Rising Inequality, Declining Mobility: The Evolution of Intergenerational Mobility in Germany. https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp12058.pdf
- 77 Bundesregierung (2025): Lebenslagen in Deutschland. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. https://www.armuts-und-reichtums-bericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/siebter-armuts-und-reichtums-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- 78 Hartmann, M. (2025): Mehr Kontinuität als Wandel – Die deutschen Eliten vom Kaiserreich bis heute. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s11609-025-00557-4.pdf>
- 79 Siehe bspw. entsprechende Recherchen zur Stiftung Familienunternehmen des ARD-Magazins Panorama <https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/stiftung-familienunternehmen-lobbyismus-bertelsmann-schwarz-wuerth-100.html> und von Greenpeace, Greenpeace e.V. (2025): Der Club der Superreichen. https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf
- 80 Elsässer, L., Hence, S., Schäfer, A. (2018): Government of the People, by the Elite, for the Rich. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/180215/1/1025295536.pdf>
- 81 Spannagel, D. (2025): Mehr Ungleichheit – weniger politische Teilhabe. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-009273/p_wsi_report_108_2025.pdf
- 82 Spannagel, D. (2025): Mehr Ungleichheit – weniger politische Teilhabe. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-009273/p_wsi_report_108_2025.pdf
- 83 Hövermann, A. (2025): Die Verdopplung des AfD-Elektorats. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-009196/p_wsi_studies_42_2025.pdf
- 84 Amlinger, C., Nachtwey, O. (2025): Zerstörungslust.
- 85 Amlinger, C., Nachtwey, O. (2025): Zerstörungslust.
- 86 Patriotic Millionaires (2024): Nearly three quarters of millionaires polled in G20 countries support higher taxes on wealth, over half think extreme wealth is a “threat to democracy”. <https://patrioticmillionaires.uk/latest-news/pmuk-davos-2024-release>
- 87 Wike, R., u.a. (2025): Economic Inequality Seen as Major Challenge Around The World. <https://www.pewresearch.org/global/2025/01/09/economic-inequality-seen-as-major-challenge-around-the-world>
- 88 Oxfam (2026): Resisting the Rule of the Rich, Methodology Note, Statistic 14. <https://www.oxfam.de/resisting-rule-rich-methods-pdf>
- 89 Jirmann J., Trautvetter, C. (2024): Milliardär_Innen gerecht besteuern. <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1571840>

IMPRESSUM

Als internationale gemeinnützige Organisation setzt sich Oxfam gemeinsam mit Menschen in aller Welt gegen Armut, Unterdrückung und soziale Ungleichheit ein. Seite an Seite mit rund 2.400 lokalen Partnerorganisationen in fast 80 Ländern arbeiten wir für eine gerechte und nachhaltige Welt.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e.V., Januar 2026
V.i.S.d.P.: Charlotte Becker, Oxfam Deutschland e.V.,
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin,
Tel.: +49 30 4530690, E-Mail: info@oxfam.de

Autor: Manuel Schmitt
Redaktion: Sebastian Danz, Tobias Hauschild, Julia Jahnz, Pia Schwertner
Gestaltung: Ole Kaleschke | olekaleschke.de
Deutsche Zusammenfassung und Ergänzung des Berichts *Resisting the Rule of the Rich*. Vollständiger Text unter www.oxfam.de/resisting-rule-rich-pdf



OXFAM
Deutschland

OXFAM SETZT SICH FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT EIN

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH IHRE SPENDE:

Oxfam Deutschland e.V.

Spendenkonto:

IBAN DE87 3702 0500 0008 0905 00

BIC BFSWDE33XXX

SozialBank

Stichwort KAMPAGNEN



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.

